

Reformen: Was wir einander zumuten dürfen

Es gibt politische Begriffe, die so lange in Gebrauch sind, bis sie den Anschein gewinnen, aus sich selbst heraus zu gelten. **Wachstum** ist ein solcher Begriff. **Arbeit** ist ein anderer. Man sagt Wachstum und meint beinahe automatisch etwas Gutes; man sagt Arbeit und tut so, als sei damit immer schon dieselbe Wirklichkeit bezeichnet. Dabei verändern sich die Bedingungen, unter denen solche Begriffe sinnvoll sind. Wachstum kann eine Gesellschaft tragen oder sie überfordern. Arbeit kann Selbstwirksamkeit, Lebensunterhalt, Dienst am Gemeinsamen bedeuten — oder Entfremdung, Erschöpfung, bloße Teilnahmebedingung an einer Ordnung, deren Sinn längst nicht mehr selbstverständlich ist.

Politik verliert ihren Weltbezug, wenn sie solche Begriffe apodiktisch werden lässt. Dann wird nicht mehr gefragt, **was unter veränderten Bedingungen möglich ist**, sondern nur noch, wie man eine überkommene Erwartung aufrechterhalten kann. Eine freie Gesellschaft aber darf ihre Leitbegriffe nicht einfach weiterverwalten. Sie muss sie immer wieder an die Wirklichkeit zurückbinden und öffentlich darüber streiten, was sie unter neuen Bedingungen bedeuten sollen. Nicht alles, was einmal sinnvoll war, bleibt sinnvoll; nicht alles, was wünschbar ist, ist möglich; und nicht alles, was möglich wäre, wollen wir als Gesellschaft auch wollen. Politik ist an Bedingungen gebunden. Gerade deshalb bedarf sie der Öffentlichkeit: des Raumes, in dem wir gemeinsam prüfen, was geworden ist, was noch trägt und wohin wir wollen.

Diese Rückbindung wird in den kommenden Jahren schmerzhaft werden. Denn tiefgreifende Reformen vollziehen sich nicht in einer Gesellschaft aus voneinander unabhängigen Einzelnen. Wo Zusammenhalt gewünscht und erfahrbar ist, sind Menschen, Gruppen und Generationen aneinander gebunden. Und gerade diese Bindung führt in Zeiten des Wandels nicht selten zu **asymmetrischen Belastungssituationen**.

Ein Bimetall besteht aus zwei fest miteinander verbundenen Metallen, die sich bei Erwärmung verschieden stark ausdehnen. Weil sie sich nicht voneinander lösen können, krümmt sich der gemeinsame Streifen. Die Veränderung trifft beide; aber sie wirkt auf beide verschieden. Das Bild ist hilfreich, weil es weder Gegnerschaft noch bösen Willen voraussetzt. Es zeigt eine **gebundene Asymmetrie**: Zwei Seiten bleiben miteinander verbunden, und gerade deshalb verändert sich ihre gemeinsame Gestalt einseitig.

Solche Bimetallzeiten gibt es im persönlichen Leben. Ein junger Subsidiar gewinnt endlich die eigene Pfarrei, während der siebzehnjährige Jugendliche, den er zur Verantwortung herangeführt hat, einen wichtigen Lehrer verliert und plötzlich selbst im Licht der Erwartungen steht. Ein Ehepartner wächst nach einer Krise wieder auf, während der andere instabiler wird — nicht obwohl beide verbunden sind, sondern weil sie verbunden bleiben wollen. Eltern leben im Alter noch einmal auf, weil ihre Kinder ihnen Heimat geben; zugleich geraten die Kinder selbst an Grenzen. Solche Geschichten lassen sich nicht durch eine einfache Bilanz beruhigen. Vielleicht gewinnt eine spätere Lebensphase aus einer früheren Überforderung Kraft. Vielleicht fällt spätere Trauer leichter, weil man zuvor das Mögliche getan hat. Vielleicht auch nicht. Eine prinzipielle Verherrlichung solcher Schief lagen verbietet sich. Nicht jede Krümmung richtet sich später wieder auf. Nicht jeder Verlust wird im Nachhinein zu Sinn.

Und doch kommen auch Gesellschaften in solche Bimetallphasen. Eine Generation kann nicht alles bewahren, wenn eine andere überhaupt noch Zukunft gewinnen soll. Bestimmte Gruppen werden

stärkere Lasten tragen müssen als andere, nicht weil sie weniger zählen, sondern weil sie mehr tragen können, stärker von bisherigen Ordnungen profitiert haben oder weniger tief von einer Veränderung betroffen sind. Es kann nicht das Ziel ernsthafter Reformpolitik sein, die Gießkanne auszupacken und jede Klientel gleichermaßen zu bedienen. **Gleiche Würde verlangt nicht gleiche Lasten.** Sie verlangt, dass ungleiche Lasten begründbar, zumutbar und nicht entwürdigend sind.

Damit wird **Würde** zu einem notwendigen Prüfkriterium für Reformen unter asymmetrischen Bedingungen. Sie ist keine hinreichende Vision. Sie sagt noch nicht, welche Gesellschaft wir werden wollen. Aber sie markiert die Grenze, die jede Reform zu achten hat: Menschen dürfen auf dem Weg in eine neue Ordnung nicht zu bloßem Material werden. Sie dürfen belastet werden; sie dürfen nicht aus der gemeinsamen Welt herausfallen.

Diese Würde hat mehrere Seiten.

Zunächst ist da eine **Würde des Zugangs**. Digitalisierung ist nicht schon deshalb Fortschritt, weil sie Verfahren beschleunigt. Sie ist es nur, wenn sie Zugänge erweitert, nicht wenn sie vollgültige Teilhabe an eine einzige technische Lebensform bindet. In einem Supermarkt können drei automatische Bezahlterminals neben zwei Kassen mit Personal stehen. Die digitalen Wege vergrößern die Möglichkeiten; die persönlichen bleiben vollwertig erhalten — und sind in bestimmten Situationen, etwa beim Verkauf von Spirituosen, sogar unabdingbar. Anders liegt es, wenn eine Versicherung ihre Leistungen auf dem Kontoauszug nur noch mit einer nichtssagenden Referenz bezeichnet und die verständliche Information, worum es sich handelt, ausschließlich in der App bereithält. Wer diese App nicht nutzt, erhält zwar noch Geld, aber keinen vollständigen Zugang mehr zum eigenen Rechtsverhältnis. Der Mensch bleibt Empfänger, aber nicht mehr ganz urteilsfähiger Teilnehmer. Eine Reform verletzt Würde, wenn sie Menschen nur noch als technisch Anpassungsfähige ernst nimmt. **Kein Recht darf nur noch appförmig existieren.**

Dann gibt es eine **Würde der Zumutung**. Gerade in einer Bimetallphase darf niemand nur als Anspruchsinhaber oder Kostenstelle angesprochen werden. Wer älter wird, kann sich sehr wohl selbst fragen: Wo läge meine eigene Grenze? Wäre der Verlust des Gartens noch tragbar? Der Auszug aus dem Haus? Unter welchen Bedingungen könnte ich mir vorstellen, in eine Einrichtung zu gehen, um anderen nicht Unzumutbares aufzubürden? Viele Menschen im Herbst ihres Lebens stellen sich solche Fragen längst. In ihnen liegt ein Schatz an Erfahrung, Verantwortungsgefühl und latenter Bereitschaft zur Veränderung, der politisch kaum gehoben wird. Würde heißt hier nicht, vor jeder Zumutung bewahrt zu bleiben. Würde heißt, als Mensch ernst genommen zu werden, der selbst über Zumutbarkeit nachdenken, Verantwortung übernehmen und am Gemeinsamen mitwirken kann. Wer reformiert, muss Menschen nicht nur als Belastete, sondern auch als Belastende sehen — und in beidem hören.

Eine dritte Seite ist die **Würde der Zugehörigkeit**. Menschen dürfen nicht gerade dann aus einer gemeinsamen Welt herausfallen, wenn sie selbst auf sie angewiesen sind. Viele ältere Christen haben ihr Leben lang daran mitgewirkt, dass ihre Gemeinde ein Ort der Begegnung war. Im eigenen Alter erfahren manche, dass Kirche nun fast nur noch als Möglichkeit ihrer immer weniger werdenden Hauptamtlichen gedacht wird. Türen bleiben aus Angst vor Vandalismus verschlossen, Räume ungeheizt, Begegnung nur noch zu genehmigten Veranstaltungen möglich. Wer ein Leben lang Kirche mitgetragen hat, darf im Alter nicht erleben, dass sie ihm fremd wird, sobald er selbst ihre Offenheit braucht. Eine Institution wahrt die Würde derer, die sie getragen haben, nur dann,

wenn sie ihnen nicht erst in ihrer Bedürftigkeit den Zugang zur gemeinsamen Welt entzieht. Würde im Alter heißt nicht nur Versorgung. Sie heißt, weiterhin Adressat von Zugehörigkeit zu bleiben.

Schließlich gibt es eine **Würde der Betroffenheit**. Wer die Folgen einer Entscheidung besonders tief und lange tragen muss, hat einen besonderen Anspruch darauf, im öffentlichen Urteil nicht nur gehört, sondern spürbar beteiligt zu werden. Die Frage künftiger Sicherheit, möglicher Wehrpflicht, innerer und äußerer Verteidigungsbereitschaft betrifft junge Menschen unmittelbarer als ältere, deren Lebenszeit und Körper nicht mehr in gleicher Weise beansprucht würden. Gerade dieses Thema eignete sich paradigmatisch dafür, den heute Sechzehn- bis Dreiunddreißigjährigen ein wirkliches Podium zu geben. Sie sollten nicht nur gefragt werden, wie viel Dienst man ihnen zumuten könne. Man müsste ihnen zumuten, selbst zu sagen, was sie innen- wie außenpolitisch zu ihrer Sicherheit brauchen, dabei für Alte und Schwache mitzudenken und Verantwortung für die Welt zu übernehmen, in der sie vielleicht Familien gründen werden. Dann müsste der Rest der Gesellschaft bereit sein, diese Stimme nicht paternalistisch zu übergehen. Wo die Zukunftslast ungleich verteilt ist, darf auch die Entscheidungsnähe nicht vollkommen symmetrisch bleiben.

Diese vier Seiten der Würde — Zugang, Zumutung, Zugehörigkeit, Betroffenheit — ersetzen keine politische Vision. Aber sie schützen davor, Reformen nur nach Effizienz, Finanzierbarkeit oder Mehrheitsfähigkeit zu beurteilen. Sie zwingen dazu, genauer hinzusehen: Bleibt der Mensch als gleichrangiger Teilnehmer der gemeinsamen Welt erhalten? Wird er gesehen und gehört, sowohl in dem, was ihm zugemutet wird, als auch in dem, was er anderen zumutet? Kann er in seinen eigenen Möglichkeiten weiterhin an der gemeinsamen Welt teilhaben? Darf er dort, wo sein Leben besonders tief berührt wird, auch in besonderer Weise mitentscheiden?

Das alles führt zurück zu einer Frage, die tiefer liegt als jede einzelne Reform. Wir verlieren seit langem jene gemeinsame Öffentlichkeit, in der solche Zumutungen überhaupt wahrhaftig besprochen werden könnten. Politische Entscheidungen werden zu oft als Sachzwänge verkündet, Interessen werden professionell vertreten, Betroffene werden statistisch erfasst, aber eine gemeinsame Welt, in der Menschen einander erscheinen und über das Gemeinsame urteilen, wird dadurch noch nicht hergestellt. Hannah Arendt hat Politik von dieser Welt her gedacht: nicht als Verwaltung von Bedürfnissen, sondern als Raum, in dem Menschen einander sichtbar werden, sprechen, handeln und eine gemeinsame Wirklichkeit bilden.

Eine solche Öffentlichkeit ist nicht einfach vorhanden. Sie muss zurückgewonnen werden. Es gibt neue Pflänzchen: in manchen journalistischen Formaten, in neuen Gesprächsräumen, in vorsichtigen Versuchen, wieder über Bedingungen, Zielkonflikte und Zumutungen zu sprechen, ohne sofort in moralische Sortierung zu verfallen. Es gibt anfanghaft ein neues Bewusstsein und auch neue Sprache. Aber eine politische Welt kehrt nicht durch einen großen Entschluss zurück. Sie wächst dort wieder, wo Menschen einander regelmäßig zumuten, die gemeinsame Wirklichkeit wahrhaftig anzusehen. Solche Pflänzchen darf man nicht nur bewundern. Man muss sie gießen.

Reformen werden nötig sein. Manche werden wehtun. Eine reformfähige Gesellschaft ist nicht die, in der niemand verliert. Sie ist die, in der Verluste öffentlich benannt, Lasten gerecht zugemutet und Menschen dabei in ihrer Würde bewahrt werden, weil erkennbar bleibt, welche gemeinsame Zukunft dadurch möglich werden soll. Erst dann werden Reformen wieder politisch: nicht, weil über Menschen verfügt wird, sondern weil **wir einander** sagen, was möglich ist, was nötig ist — und was wir einander zumuten dürfen.